

Pressemitteilung

Universität Duisburg-Essen

Ulrike Bohnsack

11.01.2016

<http://idw-online.de/de/news644118>

Forschungsprojekte
Politik
überregional



Offen im Denken

UDE: Wählen allein reicht nicht – Internationales Projekt untersucht politische Teilhabe

In vielen westeuropäischen Ländern sind die Menschen politikverdrossen. Sie möchten nicht nur wählen, sondern mitentscheiden. Die parlamentarische Demokratie scheint in der Krise zu stecken. Entwickeln sich dadurch neue Formen politischer Repräsentation? Und wie sieht es in aufstrebenden Volkswirtschaften oder gar in autoritären Regimen aus? Das untersucht eine internationale Forschergruppe beispielhaft an Frankreich, Deutschland Brasilien, Indien und China. Einer der Projektleiter ist Prof. Dr. Thomas Heberer, Ostasienwissenschaftler der Universität Duisburg-Essen (UDE).

Das Wissen über politische Repräsentation, also die Vertretung von Gruppen, ist lückenhaft. „Bisher hat sich die Forschung hauptsächlich auf das Thema Wahlen beschränkt, und das auch nur für die USA und das westliche Europa“, erklärt Professor Heberer. „Andere Kulturen und politische Systeme blieben unberücksichtigt, Ebenso wurde nicht geschaut, welche informellen Formen für mehr Teilhabe sich weltweit herausgebildet haben.“ Und das sind nicht nur Bürgerinitiativen oder Migrationsräte.

Es ist denn auch die „Politische Repräsentation gesellschaftlicher Gruppen aus globaler Perspektive“ (Projekttitel), die Heberer und seine Kollegen – eine Deutsche und zwei französische Wissenschaftler – in den kommenden drei Jahren beschäftigt. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft und ihr französisches Pendant ANR haben Gelder bewilligt. 260.000 Euro erhält Heberer, der sich um den Ein-Parteien-Staat China kümmert.

„Dort“, sagt der Ostasienwissenschaftler, „läuft vieles über Bestechung und Vetternwirtschaft. Andererseits sind die chinesischen Social-Media-Dienste sehr wichtig, ebenso die 100.000 Handelskammern und die Netzwerke. Diese nutzen Unternehmen wie Investoren. Auch gibt es immer mehr lokale Vertretungen von Wanderarbeitern.“

Die weltweit größte Demokratie Indien hingegen ist ein Vorreiter für Quotenregelungen – auch für Frauen: Ein Drittel der Abgeordneten sind weiblich. Es gibt eine neue „Partei des einfachen Mannes“, und die Interessenvertretungen von Kasten, Stämmen und Religionsgruppen werden stärker.

In Brasilien haben sich andere Formen von Teilhabe entwickelt. So kennt die größte Demokratie Lateinamerikas seit den 1989er Jahren Frauenräte; viele indigene Völker haben sich organisiert, und in einigen Städten gibt es Bürgerhaushalte: Einwohner bestimmen über die Budgetplanungen mit.

„Dieses partizipative Budgeting gibt es auch in Deutschland, Indien und sogar in einem autoritären Staat wie China. Es macht weltweit Schule“, so Professor Heberer. Er ist sich sicher, dass die fünf Länder noch mehr gemein haben. Doch in vielem werden sie sich deutlich unterscheiden, „denn historisch und kulturell sind sie ganz anders gestrickt.“

Weitere Informationen: Prof. Dr. Thomas Heberer, Institut für Ostasienwissenschaften, Tel. 0203/379-3727,
thomas.heberer@uni-due.de